

Ausgewählte Ergebnisse der dritten Welle einer Bevölkerungsumfrage zu den Auswirkungen des Corona-Virus

Februar 2021

Prof. Dr. Uwe Wagschal (Universität Freiburg)
Dr. Sebastian Jäckle (Universität Freiburg)
PD Dr. Achim Hildebrandt (Universität Stuttgart) und
PD Dr. Eva-Maria Trüdinger (Universität Stuttgart)

Kontakt:

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Werthmannstraße 12
79085 Freiburg
E-Mail: politikpanel@politik.uni-freiburg.de
Telefon: 0761/203-9361
<https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/>

Themenübersicht:

I – Belastungen und Ängste infolge der Pandemie	3
<i>I.a – Generelle Belastung durch die Verbreitung des Corona-Virus und die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus</i>	3
<i>I.b – Finanzielle Auswirkungen der Pandemie</i>	5
<i>I.c – Ängste infolge der Pandemie</i>	6
II – Bewertung der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie	8
<i>II.a – Eignung der Maßnahmen, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen</i>	8
<i>II.b – Eignung der Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen</i>	9
<i>II.c – Bewertung der Maßnahmen als übertrieben</i>	10
<i>II.d – Selbstverantwortung anstelle von staatlichen Maßnahmen</i>	12
III – Optionen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie	14
IV – Vertrauen in Medien bei Corona-Berichterstattung	15
V. Zustimmung zu Maßnahmen der Regierung	16
VI. Zufriedenheit mit dem Management der Krise	17
VII. Impfung	18

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausende Personen befragt. Die aktuelle Umfrage zur Corona-Krise führt das Team des Politikpanel gemeinsam mit PD Dr. Achim Hildebrandt (Universität Stuttgart) und PD Dr. Eva-Maria Trüdinger (Universität Stuttgart) durch.

Die vorliegende Umfrage (dritte Panel-Welle) wurde im Zeitraum vom 4. bis zum 15. Februar 2021 durchgeführt. Insgesamt wurden 6.165 Personen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen in der Corona-Pandemie online befragt, wobei 5.701 den Fragebogen komplett beendeten.

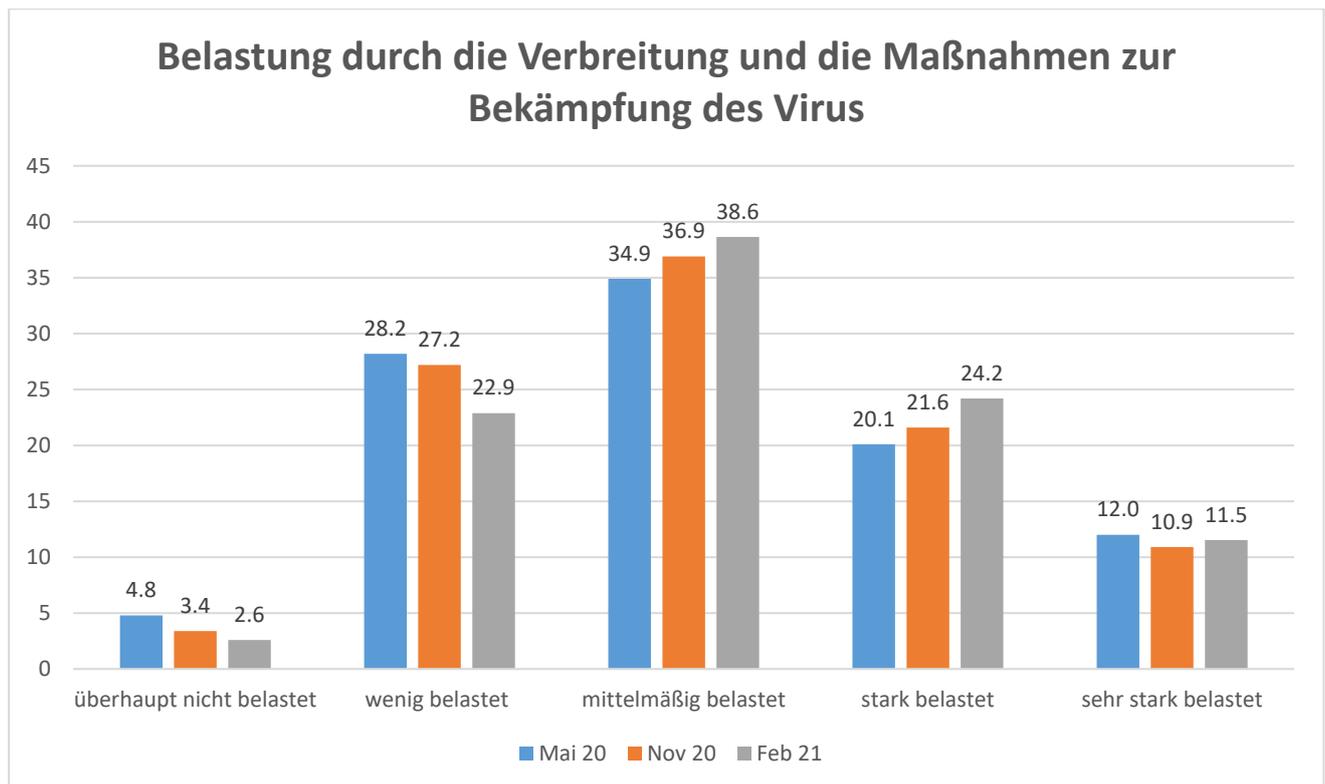
Über ein Gewichtungsverfahren können die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von soziodemographischen Merkmalen, wie Alter und Geschlecht sowie dem Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst werden. Hierdurch ist es möglich ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung und die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit auch keine Antwort zu geben, erklären auch die leicht unterschiedlichen Fallzahlen in den folgenden Auswertungen.

I – Belastungen und Ängste infolge der Pandemie

I.a – Generelle Belastung durch die Verbreitung des Corona-Virus und die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus

Frage: Durch die Corona-Pandemie fühlen sich einige Menschen belastet. Wie sieht das bei Ihnen persönlich aus?

Alles in allem, wie sehr fühlen Sie sich in Ihrem Leben durch die Verbreitung des Corona-Virus und die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus belastet?



Welle 1 Mai 2020: N = 7727; Welle 2 Nov 2020: N= 6669; Welle 3 Feb 2021: N= 5684; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Die Belastung durch die Pandemie hat seit Mai 2020 zugenommen. Insbesondere diejenigen, die sich noch während der ersten Welle überhaupt nicht oder nur wenig belastet gefühlt hatten, sind weniger geworden. Insgesamt zeigt sich ein graduelles Anwachsen der Belastung, wobei diejenige Gruppe, die sich am stärksten belastet fühlt, relativ konstant bleibt.

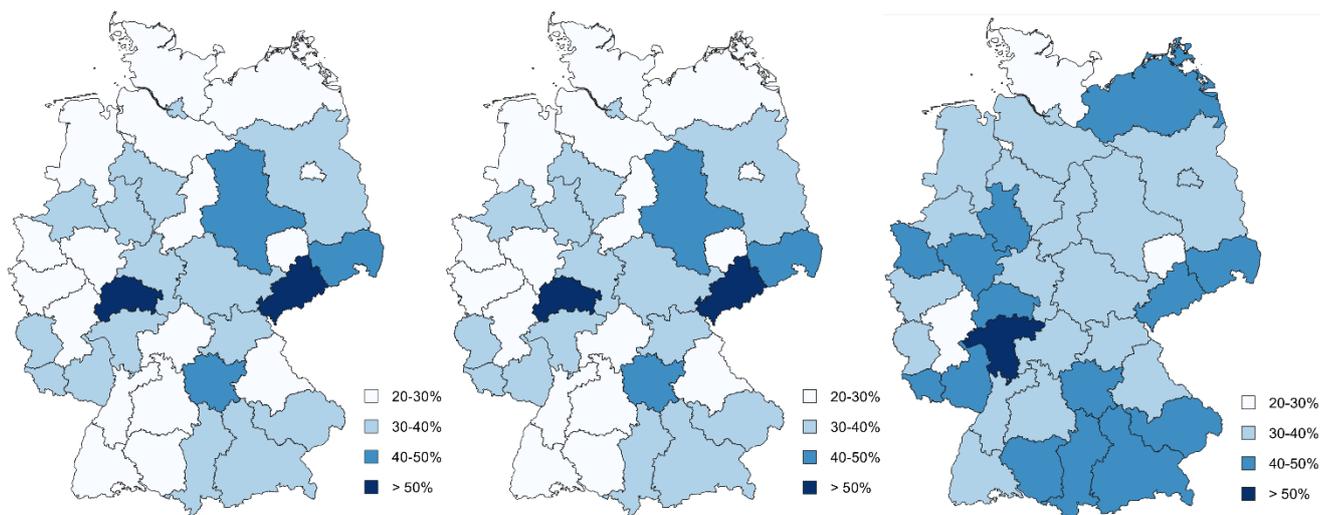
Die wahrgenommene Belastung fällt allerdings in einzelnen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich aus, wie die folgenden Karten zeigen. Eine dauerhaft hohe Belastung zeigen die Regionen um Dresden und Chemnitz in Sachsen (jedoch nicht die Region um Leipzig), Mittelfranken aber auch Schwaben, Ober- und Niederbayern, sowie die Regierungsbezirke Darmstadt und Gießen in Hessen. Insgesamt zeigt der Vergleich der Karten aber auch, dass die wahrgenommene Belastung im Februar 2021 flächendeckender im gesamten Land vergleichsweise hoch ausgeprägt ist und die Befragten nur noch in einzelnen, wenigen Gebieten eine geringe Belastung verspüren. Zu diesen gehören Schleswig-Holstein, die Region um Koblenz sowie die Region Leipzig.

Anteil der Befragten, die sich stark oder sehr stark belastet durch die Pandemie fühlen

Welle1 Mai 2020

Welle 2 Nov 2020

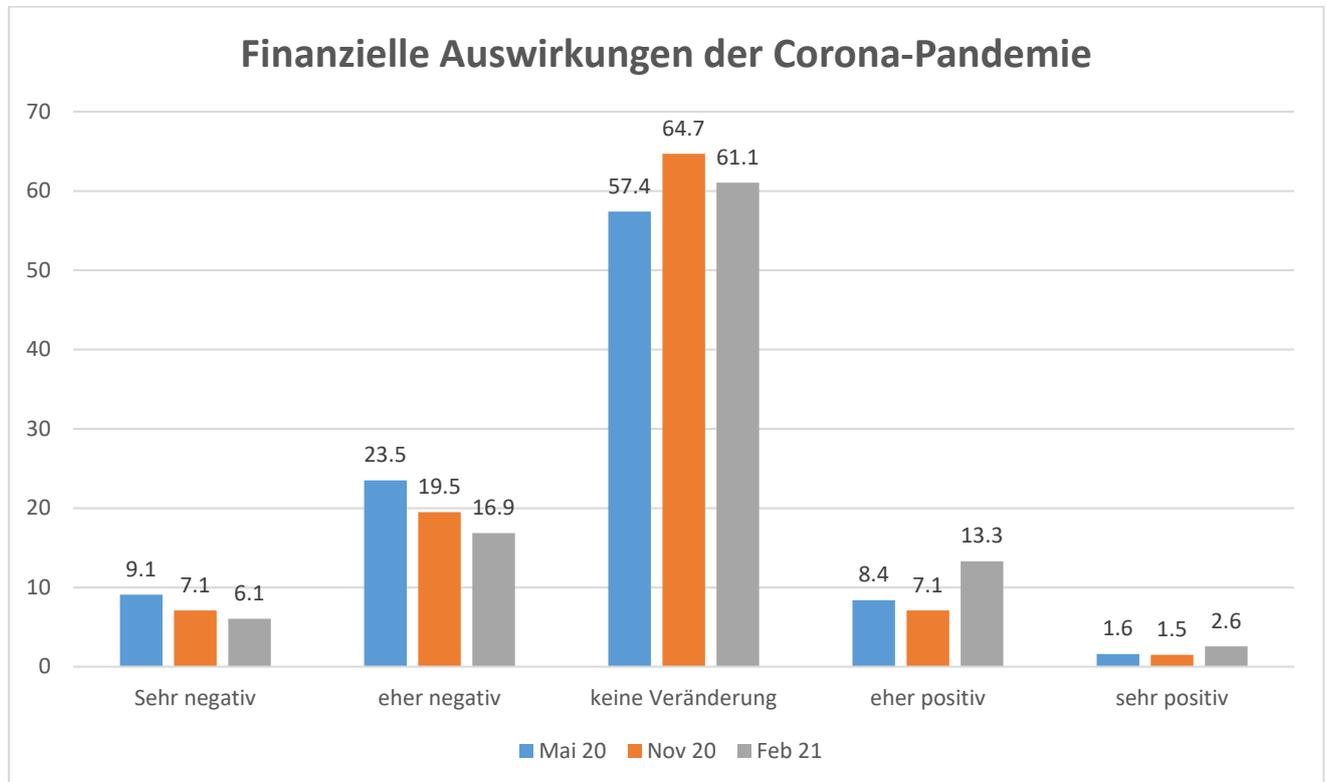
Welle 3 Feb 2021



Quellen: Zuteilung zu Regionen nach PLZ. Kartendaten: © GeoBasis-DE / BKG (2020); N = 5495, gewichtet nach Alter, Geschlecht und Ost-West.

I.b – Finanzielle Auswirkungen der Pandemie

Frage: Und wenn Sie speziell an die finanzielle Situation in Ihrem Haushalt denken: Wie beurteilen Sie die aktuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Finanzen in Ihrem Haushalt?



Welle 1 Mai 2020: N = 7715; Welle 2 Nov 2020: N= 6656; Welle 3 Feb 2021: N= 5684; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Die deutliche Mehrheit der Befragten verspürt keine Veränderung der finanziellen Situation ihres Haushalts durch die Corona-Pandemie. Weniger als ein Viertel der Befragten (23,0%) berichtet jedoch über sehr negative oder eher negative Auswirkungen der Pandemie auf seine Finanzen. Im Vergleich zu den beiden vorherigen Befragungswellen fällt indes auf, dass insbesondere dieser Anteil geschrumpft ist, wohingegen der Anteil der Personen, bei denen die Pandemie sogar zu finanziellen Verbesserungen geführt hat deutlich angestiegen ist. Knapp 16% der Befragten sehen die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den eigenen Geldbeutel als eher oder sehr positiv.

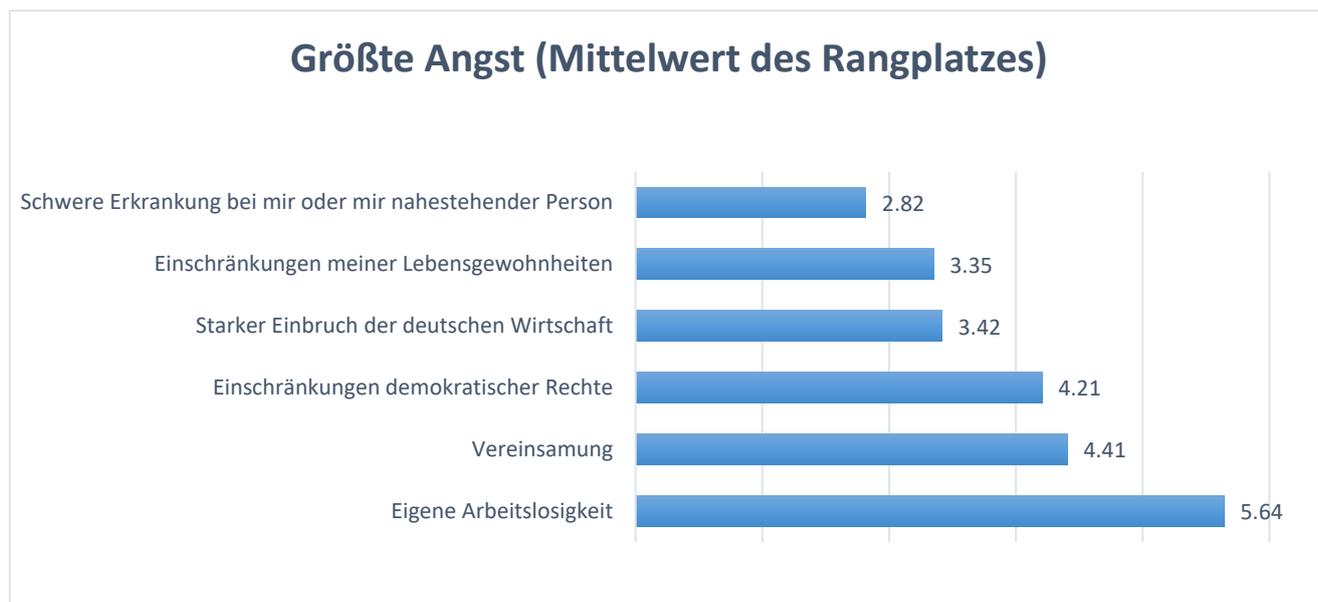
I.c – Ängste infolge der Pandemie

Frage: Wovor haben Sie in der Corona-Pandemie am meisten Angst?

Durch Anklicken können Sie eine Rangfolge erstellen. Die Auswirkung, die Sie am meisten ängstigt klicken Sie bitte als erstes an - hier wird der Rangplatz 1 vergeben. Dann folgen die weiteren, bis zu derjenigen Auswirkung, vor der Sie am wenigsten Angst haben.

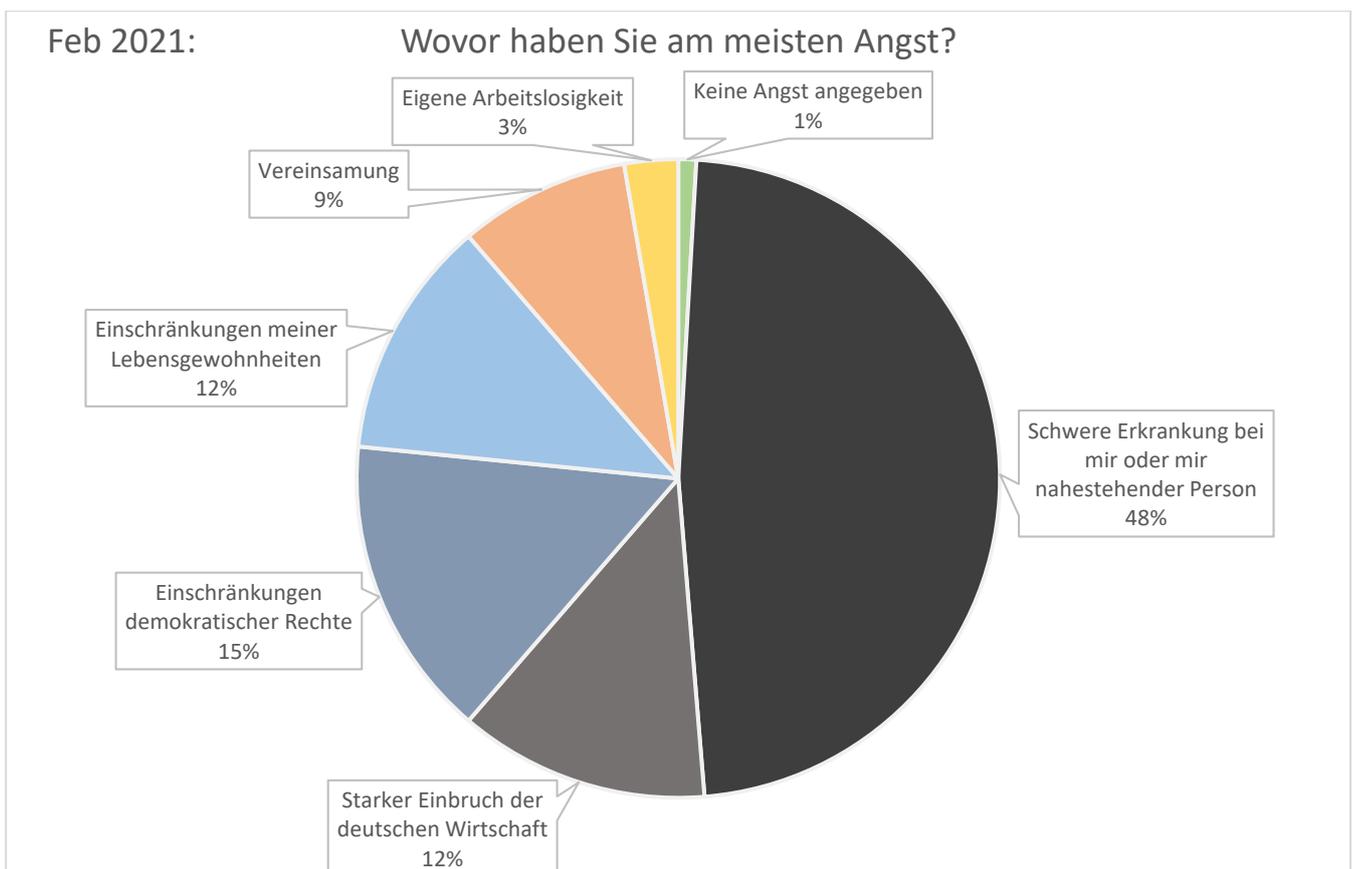
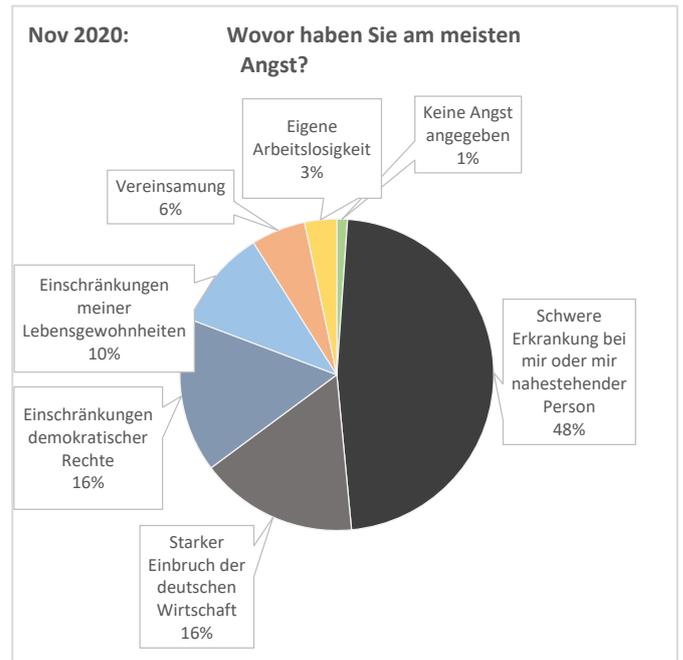
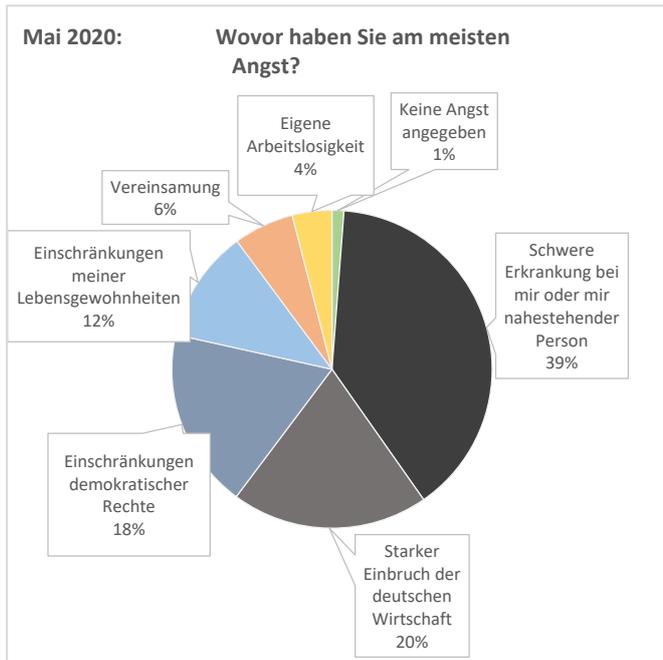
Wenn Sie vor einer oder mehreren Auswirkungen gar keine Angst haben, klicken Sie diese bitte nicht an!

Berechnet man den Mittelwert der Rangplätze (von 1 = macht mir am meisten Angst, bis 6 = macht mir am wenigsten Angst) erhält man folgendes Bild.



Welle 3 Feb 2021: N= 5684; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Nach der Angst um die eigene Gesundheit bzw. die Gesundheit von einem nahestehenden Personen, welches mit Abstand die größte Angst der Befragten in der Umfrage ist, folgen Ängste um die Einschränkung der Lebensgewohnheiten aber auch die Angst vor einer großen Wirtschaftskrise. Angst davor die eigene Arbeit zu verlieren haben hingegen die allerwenigsten. An dieser Reihenfolge der Ängste hat sich seit der letzten Umfrage im November 2020 nur wenig geändert. Im Vergleich zum Mai 2020 fällt dagegen auf, dass die Ängste um die Gesundheit zugenommen und die um die wirtschaftlichen Konsequenzen eher abgenommen haben.

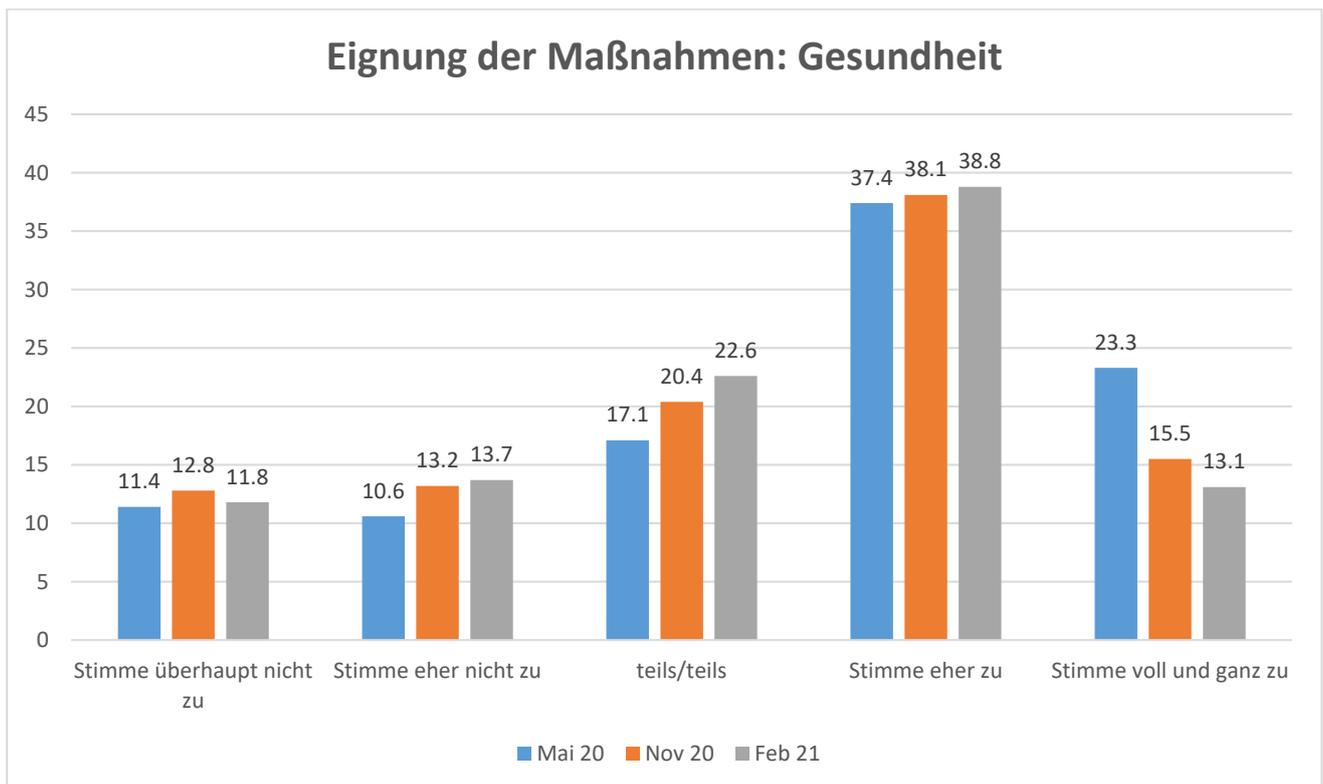


48 Prozent der Befragten geben an, am meisten Angst vor einer schweren Erkrankung bei Ihnen selbst oder bei ihnen nahestehenden Personen zu haben (konstant gegenüber November 2020), deutlich seltener als größte Angst genannt werden eigene Arbeitslosigkeit oder die Angst vor Vereinsamung, auch wenn Letztere seit November angestiegen ist. Immerhin fast 10 Prozent der Befragten sehen Vereinsamung mittlerweile als die Konsequenz der Corona-Pandemie, die sie am meisten ängstigt. Die Angst vor einem starken Einbruch der Wirtschaft hat seit Mai 2020 kontinuierlich abgenommen. Und nur etwa einem Prozent der Befragten macht keine einzige der sechs Auswirkungen der Corona-Pandemie Angst.

II – Bewertung der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie

II.a – Eignung der Maßnahmen, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich halte die Maßnahmen für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen.

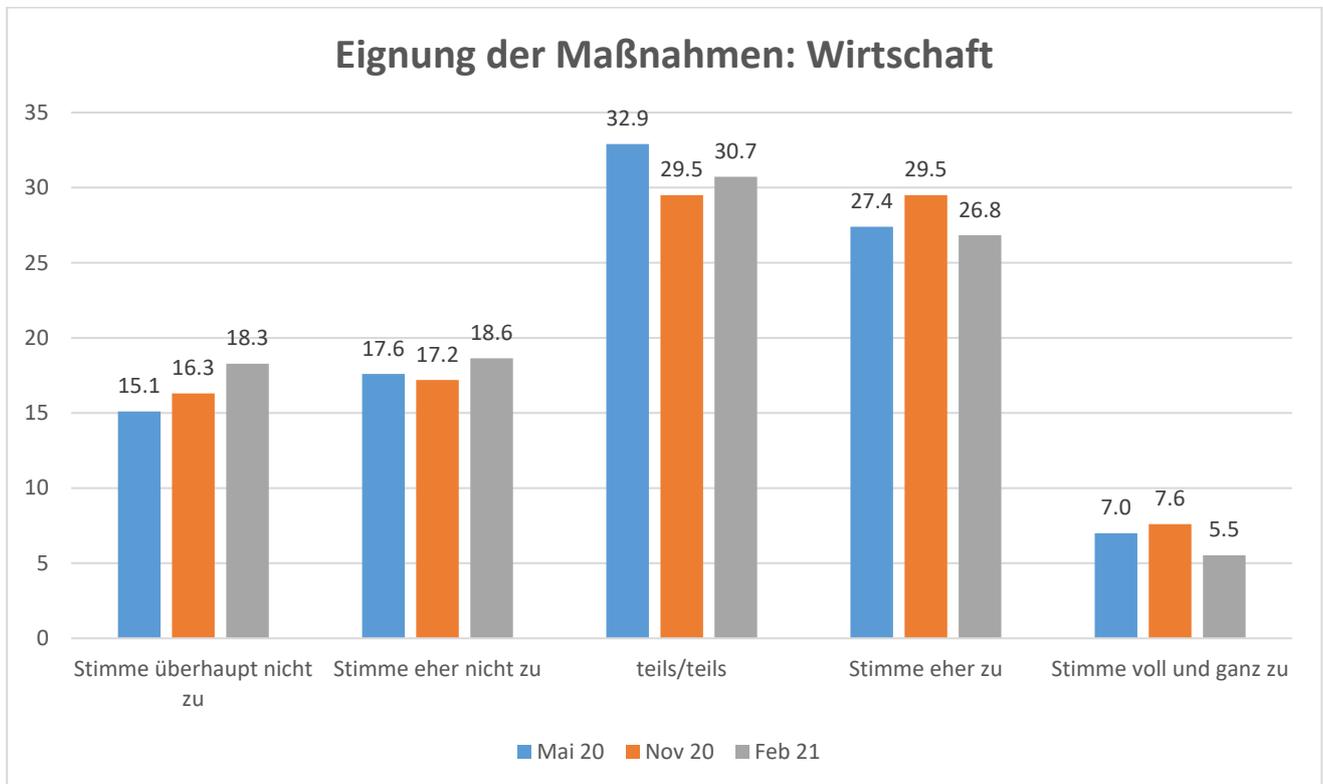


Welle 1 Mai 2020: N = 7709; Welle 2 Nov 2020: N= 6648; Welle 3 Feb 2021: N= 5676; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Knapp über die Hälfte der Befragten hält die Maßnahmen für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen. Seit Mai 2020 ist dabei allerdings der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen für voll und ganz geeignet halten um mehr als 10 Prozentpunkte gesunken. Insbesondere der Anteil derjenigen, die sich unsicher sind, ob die Maßnahmen ausreichend sind (teils/teils), ist demgegenüber gestiegen.

II.b – Eignung der Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich halte die Maßnahmen für geeignet, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen.

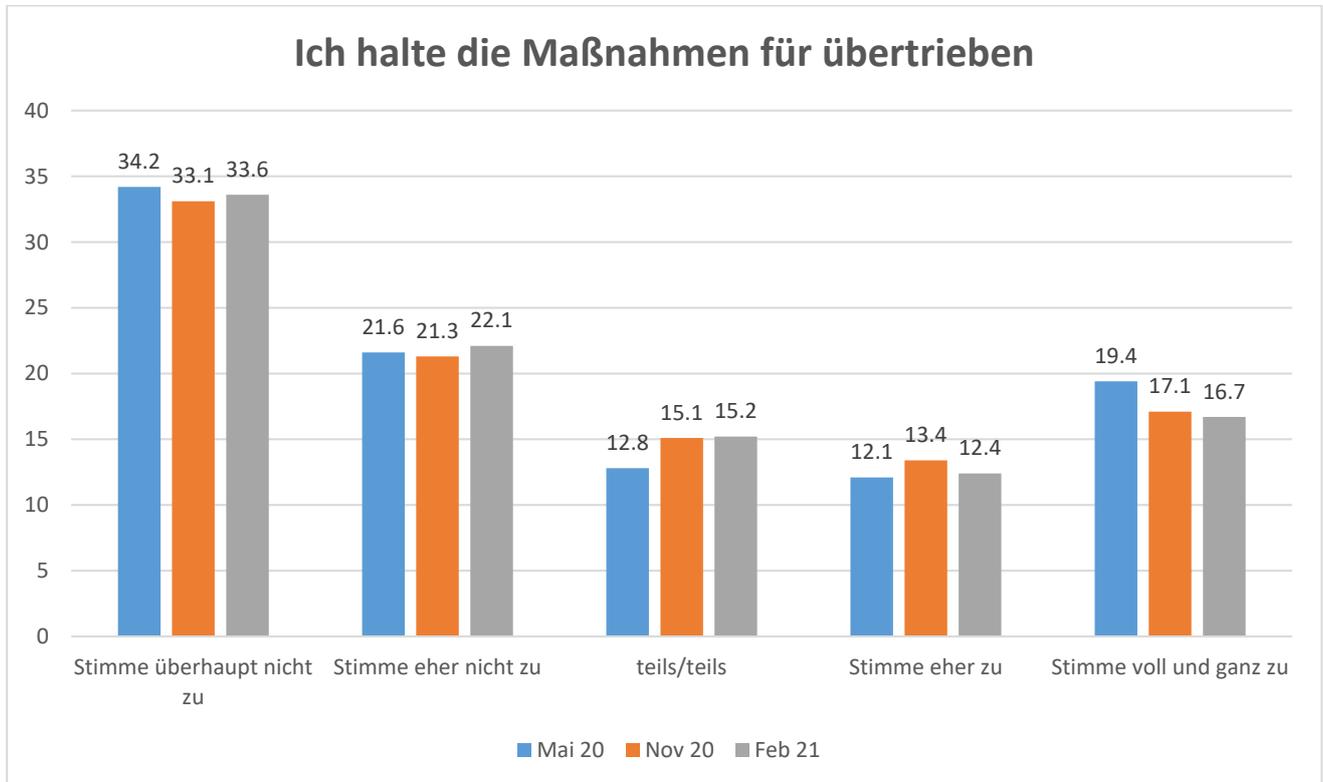


Welle 1 Mai 2020: N = 7697; Welle 2 Nov 2020: N= 6630; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Weiterhin deutlich skeptischer sind die Befragten hinsichtlich der Frage, ob die Maßnahmen geeignet sind, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen. Nur etwa 32,4 Prozent gehen davon aus (stimme eher zu + stimme voll und ganz zu). Gegenüber der Umfrage im November 2020 hat sich die Zustimmung für die Maßnahmen im Bereich Wirtschaft um etwa 4,7 Prozentpunkte verringert.

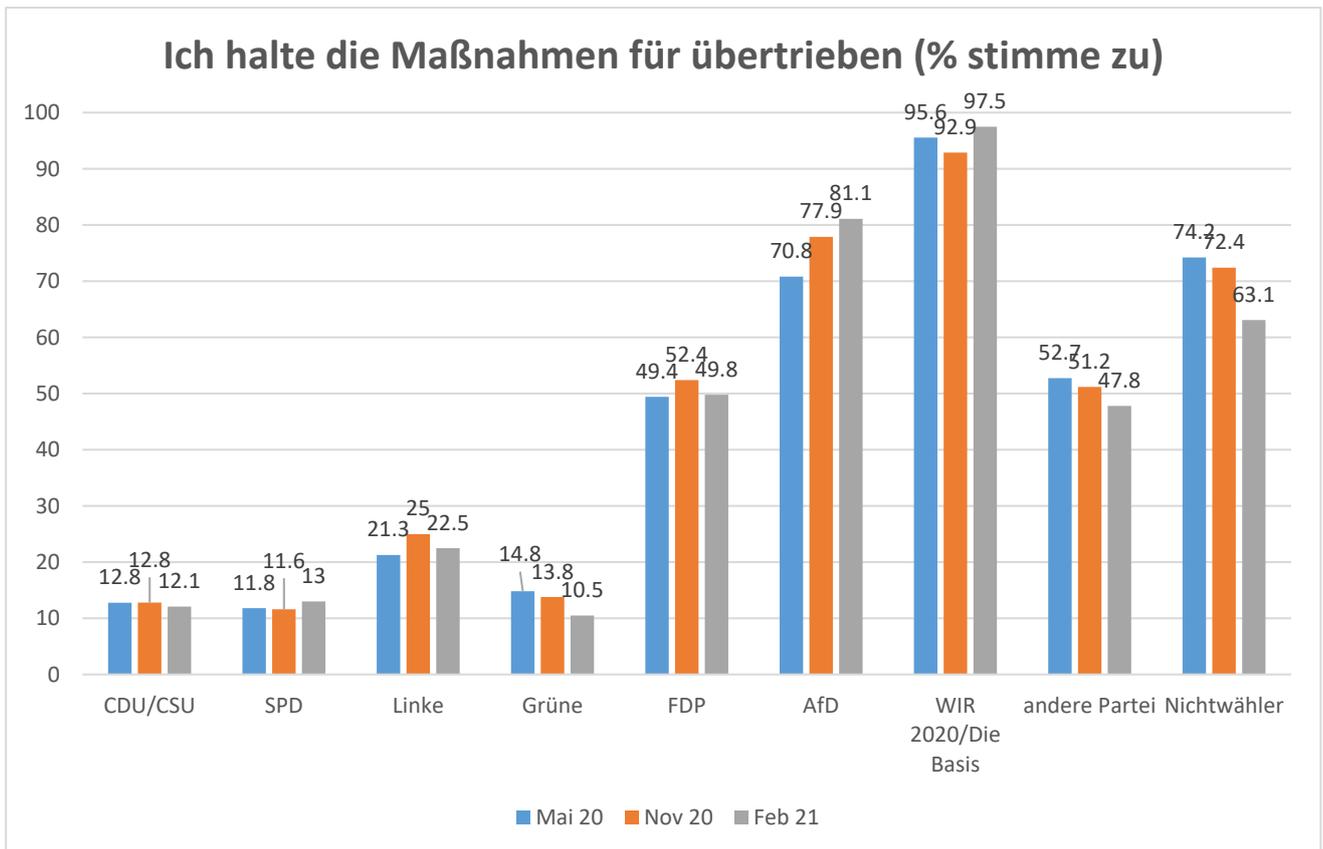
II.c – Bewertung der Maßnahmen als übertrieben

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich halte die Maßnahmen für übertrieben.



Welle 1 Mai 2020: N = 7712; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; Welle 3 Feb 2021: N=5670; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Die Ergebnisse zeigen: Lediglich 29,1 Prozent der Befragten halten die Maßnahmen der Regierung für übertrieben (stimme eher zu + stimme voll und ganz zu). Im Vergleich zur letzten Umfrage im November 2020 ist dies ein leichter Rückgang in der Ablehnung der Regierungsmaßnahmen. Eine Mehrheit der Befragten hält die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung nicht für übertrieben (55,7 Prozent).

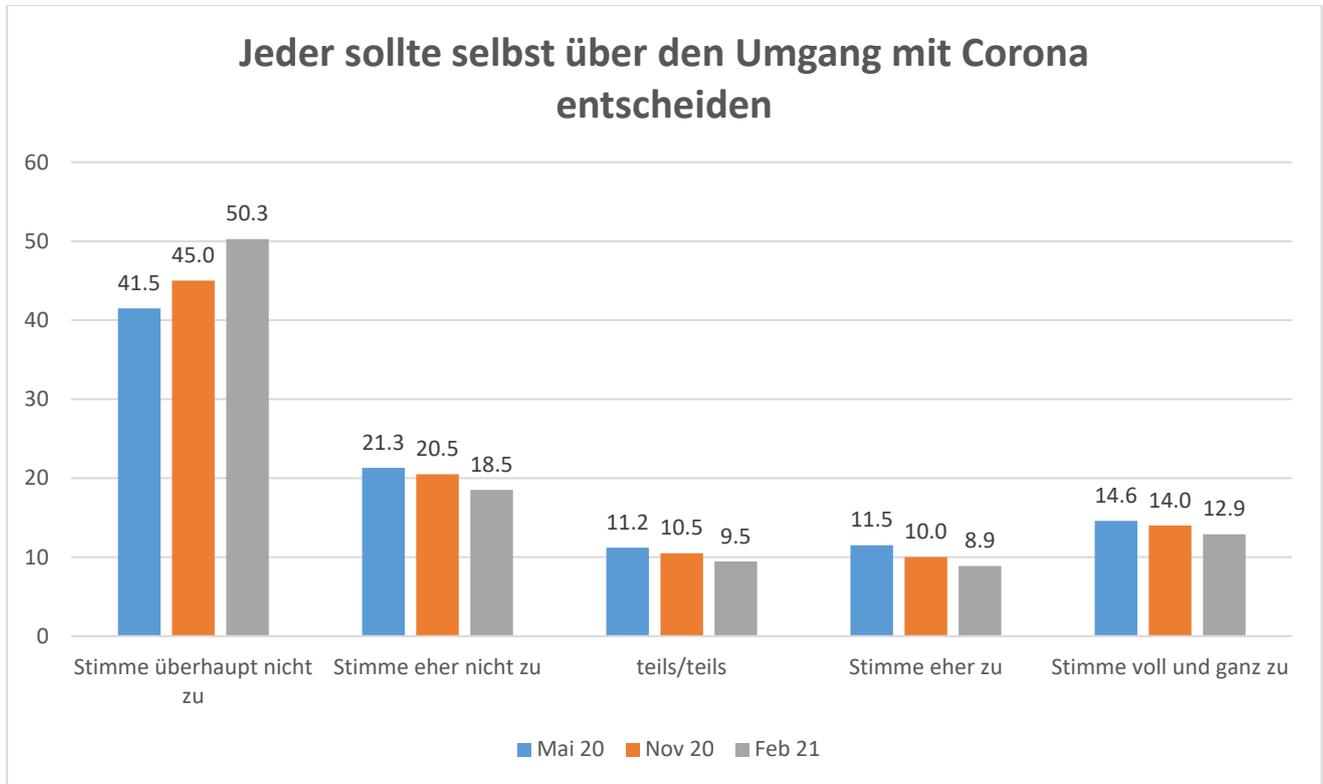


Welle 1 Mai 2020: N = 7808; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; Welle 3 Feb 2021: N= 5554; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden für diese Analyse zusammengefasst zu „stimme zu“. In der dritten Welle wurden die beiden Protestbewegungen „Die Basis“ und WIR 2020“ zusammengefasst. In den beiden vorherigen Wellen „Widerstand 2020/WIR2020“.

Jedoch gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. Die Anhänger der beiden Regierungsparteien CDU/CSU und SPD sprechen sich sehr deutlich und auch über den gesamten Befragungszeitraum seit Mai 2020 stabil für die Corona-Maßnahmen aus. Nur ca. 12 Prozent halten diese für übertrieben. Interessanterweise halten die Anhänger der Grünen, obgleich diese im Bund in der Opposition sind, die Maßnahmen mittlerweile sogar noch seltener für übertrieben als diejenigen von CDU/CSU und SPD. Auch diejenigen Befragten mit Wahlpräferenz „Die Linke“ stimmen den Maßnahmen größtenteils zu. Anders sieht dies bei den Anhängerinnen und Anhängern der FDP aus. Hier sagt etwa die Hälfte, die Maßnahmen seien übertrieben. Im Gegensatz zu den Anhängern der AfD ist bei der FDP allerdings keine Steigerung dieses Werts über die drei Befragungswellen zu verzeichnen. In Bezug auf die AfD, bei der mittlerweile vier Fünftel die Maßnahmen für übertrieben halten, und die beiden Protestbewegungen „Widerstand 2020“ und „Die Basis“ zeigt sich allerdings die deutliche Polarisierung innerhalb der Gesellschaft in Bezug auf die Frage der Corona-Maßnahmen.

II.d – Selbstverantwortung anstelle von staatlichen Maßnahmen

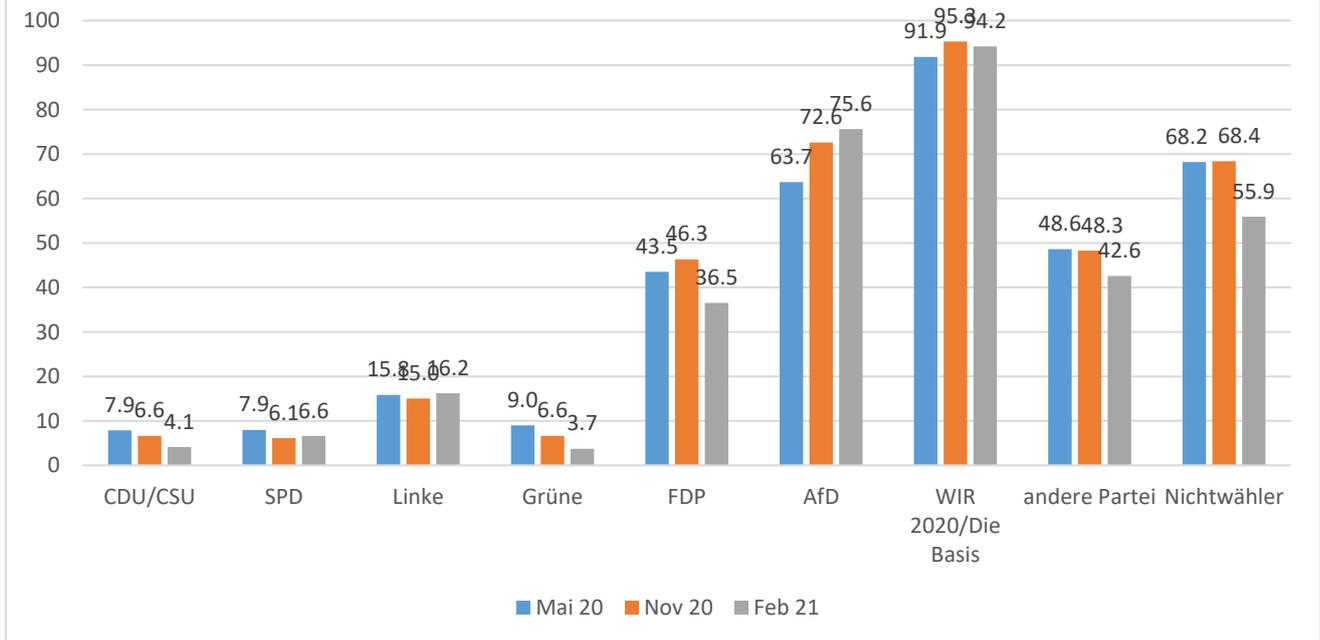
Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich denke, dass jede Person selbst über ihren Umgang mit dem Coronavirus entscheiden sollte - nicht die Politik.



Welle 1 Mai 2020: N = 7649; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; Welle 3 Feb 2021: N= 5672; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden für diese Analyse zusammengefasst zu „stimme zu“.

Bei der Frage ob Einzelpersonen komplett selbstverantwortlich über ihren Umgang mit dem Corona-Virus entscheiden sollten, zeigt sich über die drei Befragungswellen eine klare Tendenz. Dies wird von der überwiegenden Mehrheit der Befragten nicht befürwortet und diese Ablehnung steigt auch kontinuierlich an. Mittlerweile stimmt nur etwa ein Fünftel dieser Aussage voll und ganz oder eher zu. Im Vergleich zur ersten Befragungswelle im Mai ergibt sich damit eine deutliche Tendenz zur Befürwortung von weniger Selbstverantwortung im Umgang mit der Pandemie.

Jeder sollte selbst über den Umgang mit Corona entscheiden (% stimme zu)

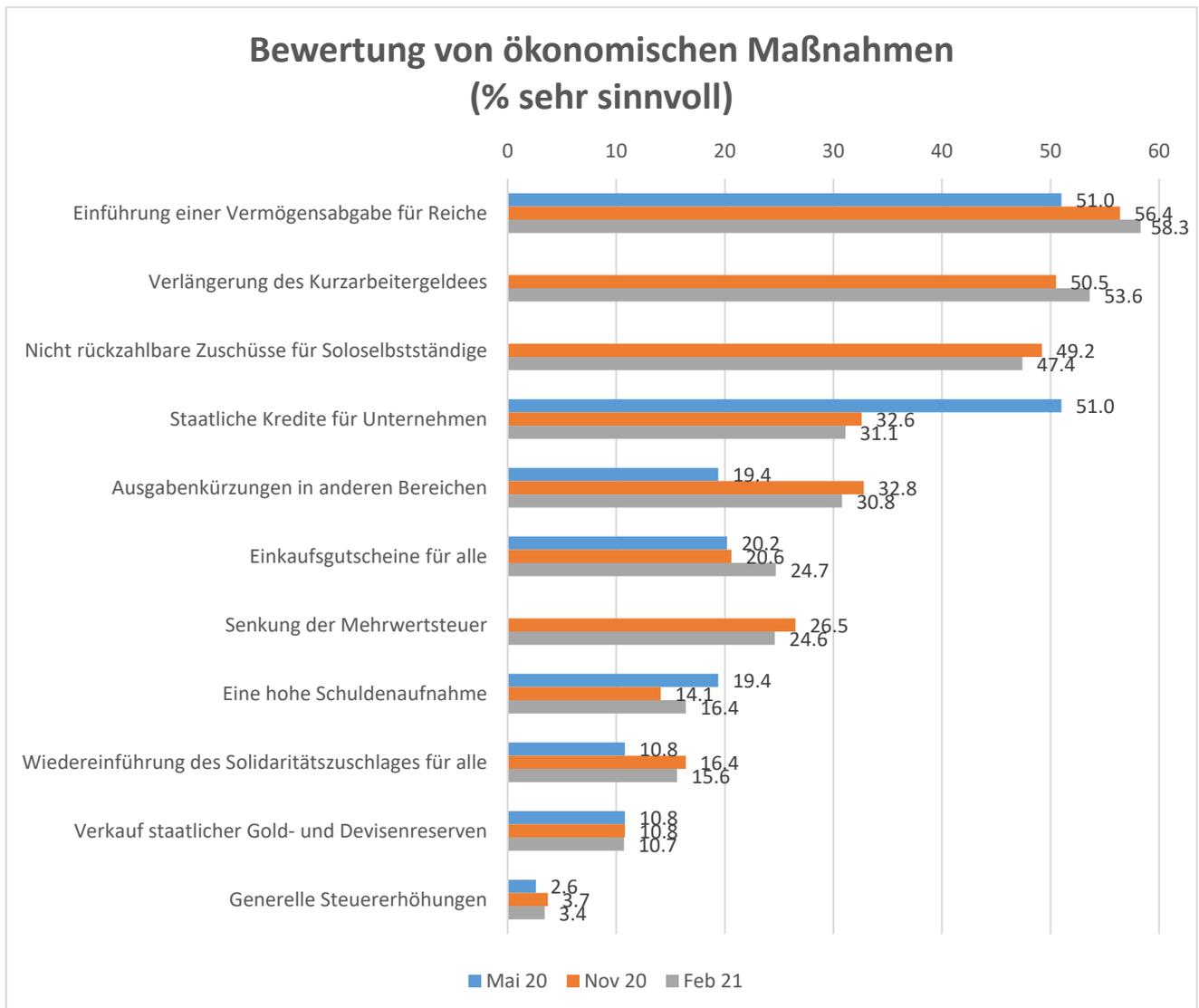


Welle 1 Mai 2020: N = 7649; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; Welle 3 Feb 2021: N=5672; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden für diese Analyse zusammengefasst zu „stimme zu“. In der dritten Welle wurden die beiden Protestbewegungen „Die Basis“ und WIR 2020“ zusammengefasst. In den beiden vorherigen Wellen „Widerstand 2020/WIR2020“.

Die Unterschiede zwischen den Parteien, die bei dieser Frage in den beiden vorangegangenen Wellen bereits deutlich ausgeprägt waren, nehmen nochmals zu. So stimmen im Vergleich zu Mai nur noch etwa halb so viele CDU/CSU-Anhänger der Aussage zu, dass jeder selbst über den Umgang mit Corona entscheiden sollte. Bei den Grünen reduziert sich dieser Wert sogar auf unter vier Prozent. Auch bei den Anhängern der FDP ist ein leichter Rückgang hin zu weniger Eigenverantwortung zu verzeichnen. Mehr als Dreiviertel der Anhänger der AfD hingegen stimmen der Aussage zu. Dieser Wert wird nur noch von der Gruppe derjenigen übertroffen, die als Wahlpräferenz entweder „WIR 2020“ oder „Die Basis“ angegeben haben.

III – Optionen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie

Frage: Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland zu bekämpfen?



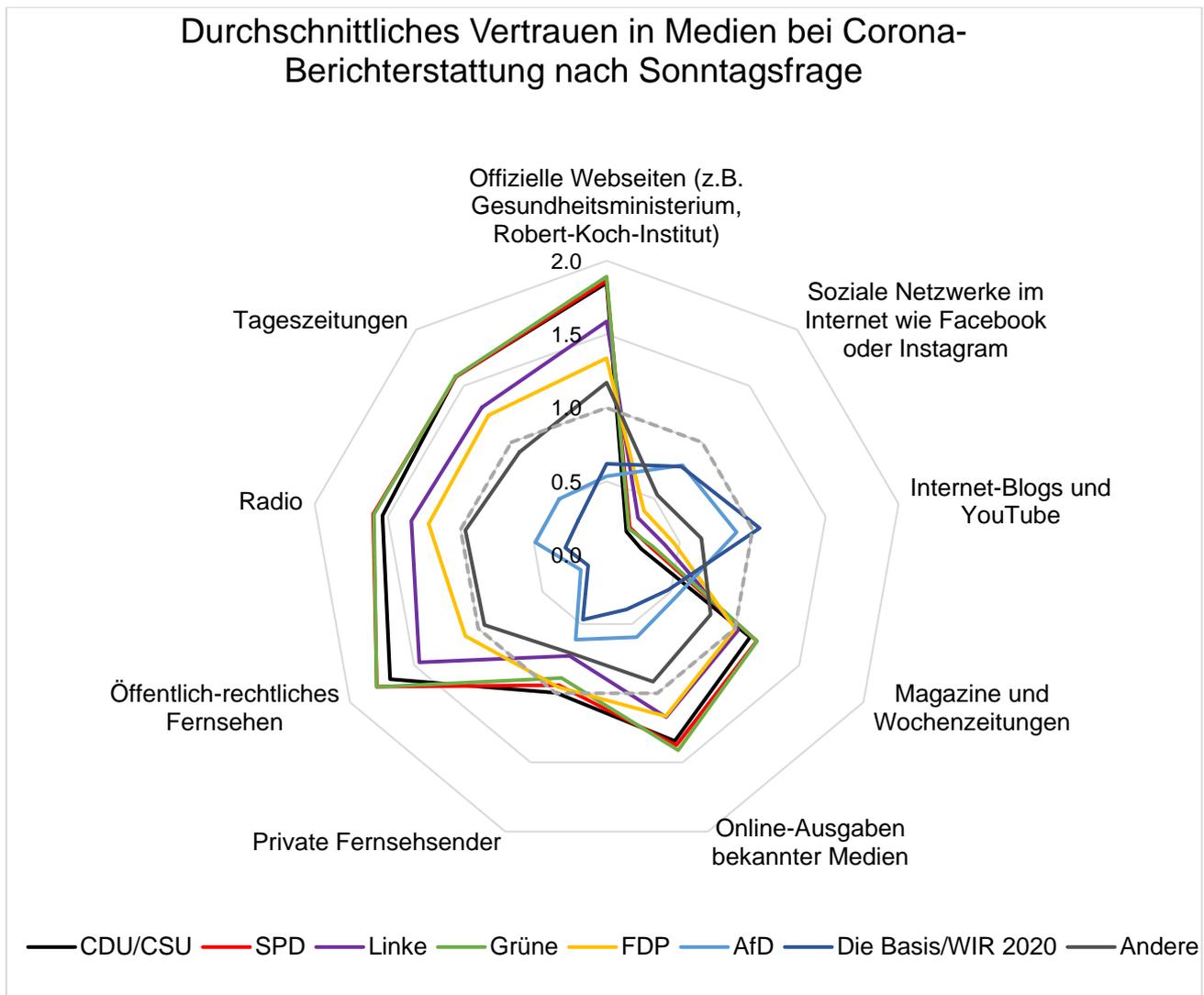
Welle 1 Mai 2020: N = 7522-7682; Welle 2 Nov 2020: N= 6269-6605; Welle 3 Feb 2021: N=5424-5649; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Items „Verlängerung des Kurzarbeitergeldes“, „Nicht rückzahlbare Zuschüsse für Soloselbstständige“ und „Senkung der Mehrwertsteuer“ wurden im Mai 2020 nicht gestellt.

Wie soll die Corona-Krise wirtschaftlich und finanziell bewältigt werden? Hierzu wurde gefragt, inwieweit bereits von der Politik beschlossene sowie mögliche andere Maßnahmen sinnvoll oder nicht sinnvoll seien. Die Mehrheit hat weiterhin eine klare Vorstellung davon, wer für die Kosten der Pandemie aufkommen soll: über 58 Prozent der Befragten halten mittlerweile eine Vermögensabgabe für Reiche für sehr sinnvoll, das sind nochmals zwei Prozentpunkte mehr als in der November-Umfrage. Eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hält ebenfalls eine Mehrheit von über 53 Prozent für sehr sinnvoll (nur 7 Prozent sagen dies sei nicht sinnvoll) und auch die nicht rückzahlbaren Zuschüsse für Soloselbstständige werden überwiegend positiv bewertet (92 Prozent sagen diese seien sehr oder teilweise sinnvoll). Dagegen sehen nur gut drei Prozent generelle Steuererhöhungen als etwas sehr Sinnvolles an (30 Prozent sagen dies wäre zumindest teilweise sinnvoll). Auch der Verkauf des staatlichen „Tafelsilbers“ wie Gold- und Devisenreserven findet wenig Zustimmung, genauso wie eine erhöhte Schuldenaufnahme oder eine Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags für alle: Gerade einmal rund 16 Prozent der Befragten erachten diese Option für sehr sinnvoll. Besonders viel Zustimmung hingegen zeigt sich für die in der Corona-Krise eingeführten Maßnahmen wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sowie die nicht rückzahlbaren Zuschüsse für Soloselbstständige.

IV – Vertrauen in Medien bei Corona-Berichterstattung

Frage: Inwiefern halten Sie die folgenden Informationsquellen in Bezug auf die Corona-Berichterstattung für vertrauenswürdig?

Dargestellt ist der Mittelwert nach Wahlpräferenz (Sonntagsfrage); 0 = nicht vertrauenswürdig; 2 = vertrauenswürdig. Positionen innerhalb der gestrichelten Linie stehen für eher kein Vertrauen in das jeweilige Medium, Positionen außerhalb dafür, dass die Anhänger der Partei dem Medium eher Vertrauen schenken.

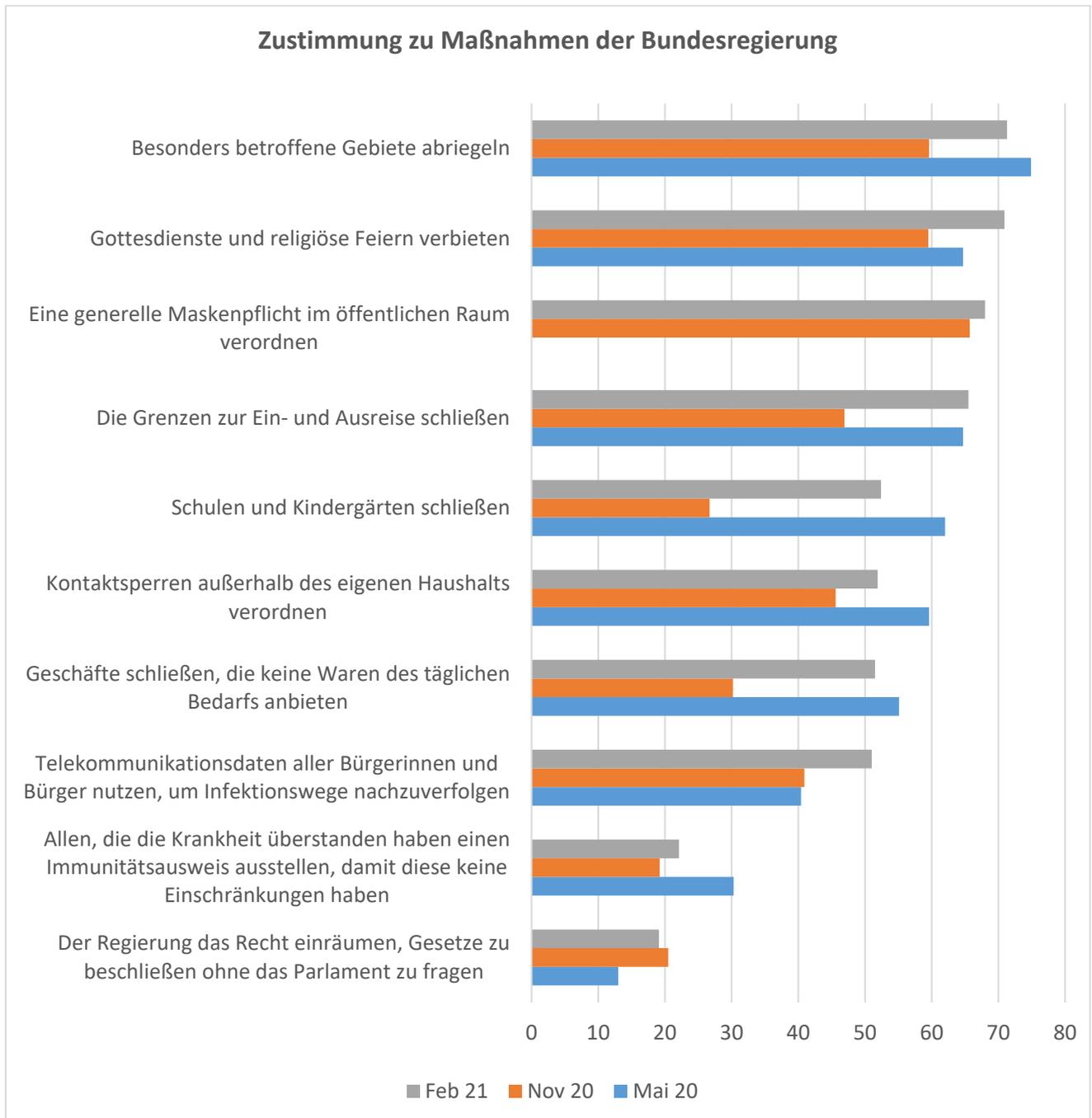


N = 5355 (ohne Nichtwähler und nicht Wahlberechtigte), gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

In Bezug auf die Corona-Berichterstattung vertrauen weiterhin die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der Grünen stark offiziellen Webseiten sowie den etablierten, öffentlich-rechtlichen Medien und Zeitungen. Die Anhänger der Linken und insbesondere der FDP weisen hier durchweg ein geringeres Vertrauen auf. AfD-Anhänger und die Anhänger der Protestbewegung Die Basis/WIR 2020 weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten so gut wie alle Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig, insbesondere das öffentlich rechtliche Fernsehen schneidet bei ihnen besonders schlecht ab. Die beiden Informationsquellen, denen von ihnen noch am ehesten vertraut wird (Internet-Blogs und Youtube sowie Soziale Netzwerke) sind gerade diejenigen, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt. Über die drei Befragungswellen hinweg haben sich beim Vertrauen in die Medien keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Die aktuell beobachtete Polarisierung auch in Bezug auf die Informationsquellen war bereits im Mai und November letzten Jahres ersichtlich.

V. Zustimmung zu Maßnahmen der Regierung

Frage: Welche der folgenden Maßnahmen sollten staatliche Stellen Ihrer Meinung nach anwenden dürfen, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen?



Welle 1 Mai 2020: N = 7651-7693; Welle 2 Nov 2020: N= 6563-6641; Welle 3 Feb 2021: N= 5596-5659; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Frage nach der generellen Maskenpflicht wurde im Mai 2020 nicht gestellt.

Neben den ökonomischen Maßnahmen wurde auch nach den Maßnahmen zur Eindämmung und Begrenzung der Pandemie gefragt. Die höchste Zustimmung erzielten dabei die Abriegelung betroffener Gebiete, das Verbot von Gottesdiensten und die Einführung einer generellen Maskenpflicht. Auffällig im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Umfragen ist, dass die Zustimmung zu freiheitseinschränkenden Maßnahmen im Vergleich zum November fast durchweg angestiegen ist und zum Teil nun sogar höhere Werte aufweist als in der ersten Welle im Mai 2020. Umfrage im November ist, dass dagegen der deutliche Rückgang der Zustimmung bei einzelnen konkreten Maßnahmen der sozialen Distanzierung. Besonders deutlich ist dieser Wandel bei der Einstellung der Teilnehmenden zu Schließungen von Schulen und Kindergärten. Hier hat sich die Zustimmung seit November verdoppelt.

VI. Zufriedenheit mit dem Management der Krise

Während die allgemeine Zufriedenheit mit den drei politischen Ebenen, Bundesregierung, Landesregierung und Bürgermeister/in fast unverändert bleiben, hat die Zufriedenheit mit dem Management der Corona-Krise seit der letzten Befragung deutlich abgenommen. Bei der Bundesregierung geben nunmehr etwa 12 Prozent weniger an, dass sie mit deren Arbeit sehr zufrieden oder eher zufrieden sind, bei den Landesregierungen sind es knapp 11 Prozent weniger. Einzig die Bürgermeister/innen können sich vergleichsweise gut halten. Sie verlieren nur etwa 1,5 Prozent in der Gruppe derjenigen, die (eher) zufrieden sind. Auf der Bundesebene hat die Gruppe derjenigen, die (eher) zufrieden sind mit 44,4 Prozent allerdings noch eine Mehrheit gegenüber denjenigen, die (eher) nicht zufrieden sind (36 Prozent). Bei den Landesregierungen sieht dies anders aus. Bei diesen sind diejenigen in der Mehrzahl, die (eher) nicht mit der Arbeit der Landesregierungen zufrieden sind (41,5 Prozent unzufrieden vs. 34,1 Prozent zufrieden). Besonders gut kommen dabei die norddeutschen Landesregierungen in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein weg. Besonders schlecht werden dagegen die Landesregierungen im Sachsen, Thüringen, Brandenburg und NRW bewertet.

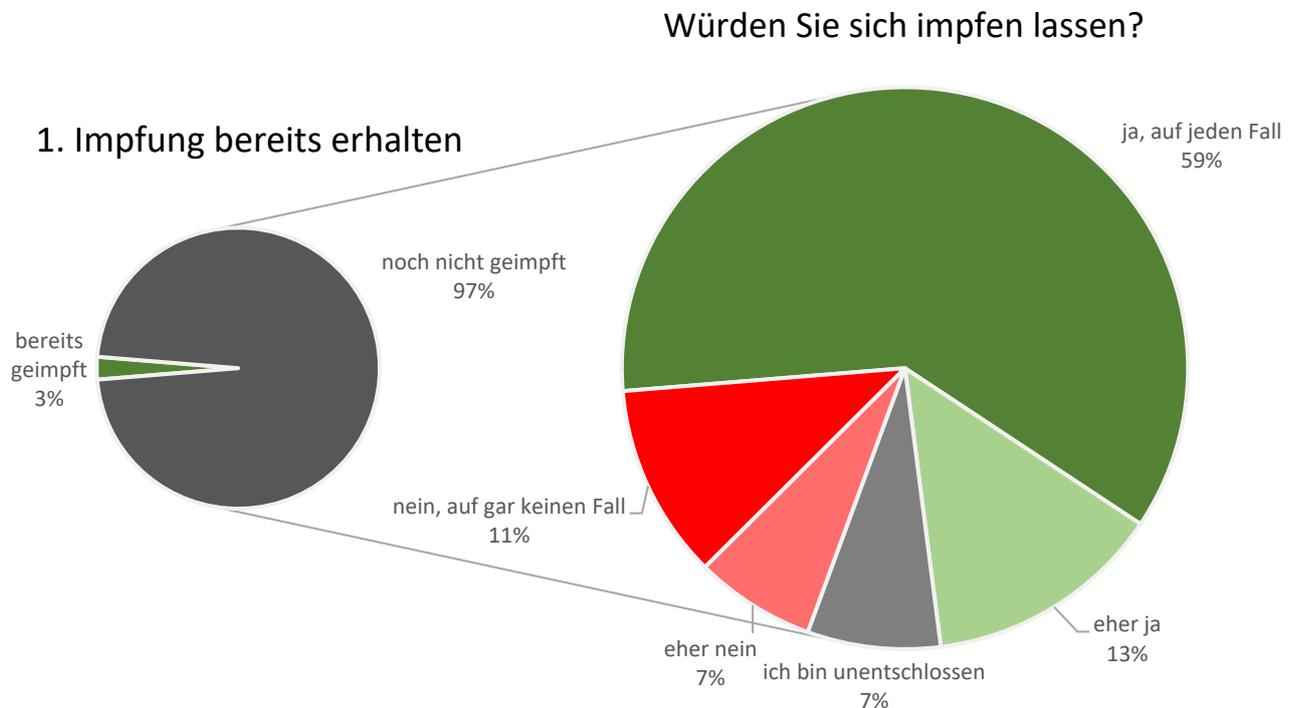
Frage: Im Folgenden bitten wir Sie um Ihre Einschätzung der Arbeit der Bundesregierung, Ihrer Landesregierung und Ihres Bürgermeisters/Ihrer Bürgermeisterin. Wie zufrieden sind Sie mit deren Arbeit im Allgemeinen und konkret in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?

			sehr zufrieden	eher zufrieden	teilweise zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Bundesregierung	Allgemein	Nov 20	6,8	32,4	29,3	18,2	13,4
		Feb 21	6,2	33,5	27,7	19,3	13,3
	Corona-Krise	Nov 20	20,4	36,0	14,0	10,5	19,1
		Feb 21	10,2	34,2	19,5	12,8	23,2
Landesregierung	Allgemein	Nov 20	8,2	32,7	31,9	17,6	9,7
		Feb 21	7,0	33,2	31,2	18,2	10,4
	Corona-Krise	Nov 20	13,1	31,9	21,8	15,6	17,7
		Feb 21	7,2	26,9	24,4	20,9	20,6
Bürgermeister/in	Allgemein	Nov 20	13,5	33,8	29,1	14,2	9,4
		Feb 21	13,5	34,9	28,4	14,4	8,8
	Corona-Krise	Nov 20	14,5	31,9	25,2	15,0	13,5
		Feb 21	12,9	31,8	25,5	15,0	14,7

Welle 2 Nov 2020 N = 6651; Welle 3 Feb 2021 N = 5684; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Dargestellt sind Prozentwerte.

VII. Impfung

Die Frage nach der Impfung wurde bei dieser Welle zum ersten Mal gestellt. Etwa Drei Viertel der Befragten sind entweder schon geimpft (ca. 3%) oder würden sich auf jeden Fall oder eher impfen lassen.



N = 5657, gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Impfbereitschaft derjenigen, die noch nicht geimpft sind nach Parteipräferenz

	CDU/CSU	SPD	LINKE	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD	Die Basis/WIR 2020	Andere Partei	würde nicht wählen	bin nicht wahlberechtigt	Gesamt
ja, auf jeden Fall	79,0	79,4	61,9	78,6	49,3	11,6	0,0	34,6	18,3	62,5	60,6
eher ja	13,4	11,6	17,1	14,2	17,0	8,4	0,0	13,8	14,2	8,3	13,6
ich bin unentschlossen	5,4	5,5	8,1	4,1	12,7	13,8	2,2	11,0	9,1	0,0	7,6
eher nein	1,9	2,7	5,7	2,7	10,1	21,0	13,2	13,5	18,3	8,3	6,9
nein, auf gar keinen Fall	0,4	0,8	7,2	0,4	10,9	45,2	84,6	27,2	40,1	20,8	11,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

N = 5532, gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Abweichungen in den Gesamt-Prozentwerten zur Grafik oben sind darauf zurückzuführen, dass als Basis in der Tabelle nur diejenigen Personen verwendet werden, die noch nicht geimpft sind. Dargestellt sind Prozentwerte.

Auch bei der Frage der Impfbereitschaft zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. Während sich über 90 Prozent der Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen (eher) impfen lassen würden, sind dies bei den Anhängern der Linken knapp 80 Prozent und bei denen der FDP 66 Prozent. Eine deutlich geringere Impfbereitschaft weisen Personen mit Wahlpräferenz AfD (20 Prozent) auf. Auffällig ist, dass kein einziger Anhänger der beiden Protestbewegungen „WIR2020“ oder „Die Basis“ sich auf jeden Fall oder eher impfen lassen würde, fast 85 Prozent in diesen beiden Gruppen lehnen eine Impfung für sich selbst kategorisch ab.